

1031 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVII. GP

Bericht des Verfassungsausschusses

über die Regierungsvorlage (946 der Beilagen): Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über gemeinsame Maßnahmen des Bundes und der Länder beim Personalaufwand für Lehrer an allgemeinbildenden Pflichtschulen, bei der Förderung des Wohnbaus und der Wohnhaussanierung sowie bei der Dotierung des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds

Gegenstand der vorliegenden Vereinbarung sind beabsichtigte gemeinsame Maßnahmen des Bundes und der Länder, um eine strenge Kontrolle der Dienstplanbewirtschaftung in bezug auf Lehrer an allgemeinbildenden Pflichtschulen sicherzustellen. Weiters sieht die Vereinbarung eine Änderung der Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Ländern in Angelegenheiten der Förderung des Wohnbaus und der Wohnhaussanierung vor sowie gesetzliche Regelungen über die Zuschüsse des Bundes an die Länder für Zwecke der Wohnbauförderung und der Wohnhaussanierung. Schließlich enthält die Vereinbarung Regelungen über die Dotierung des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds.

Der Verfassungsausschuß hat die Regierungsvorlage am 27. Juni 1989 in Verhandlung gezogen und nach Wortmeldungen der Abgeordneten Dr. Khol, Smolle, Dr. Dillersberger, Stricker sowie des Ausschußobmannes mit Mehrheit beschlossen, dem Hohen Hause die Genehmigung des Abschlusses dieser Vereinbarung im Sinne des Art. 15 a B-VG zu empfehlen.

Der Verfassungsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Der Abschluß der Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über gemeinsame Maßnahmen des Bundes und der Länder beim Personalaufwand für Lehrer an allgemeinbildenden Pflichtschulen, bei der Förderung des Wohnbaus und der Wohnhaussanierung sowie bei der Dotierung des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds (946 der Beilagen), deren Art. 2 Abs. 1 und Abs. 2 verfassungsändernde Bestimmungen enthält, wird verfassungsmäßig genehmigt.

Wien, 1989 06 27

Dr. Helga Hieden-Sommer
Berichterstatlerin

Dr. Schranz
Obmann